

Regierungsratsbeschluss

vom 29. Oktober 2024

Nr. 2024/1741
KR.Nr. 0172/2024 (DDI)

Kleine Anfrage Thomas Giger (SVP, Nuglar): zur Sicherheit Stellungnahme des Regierungsrates

1. Vorstosstext

In der Ukraine neigt sich der Durchhaltewille der Parteien dem Ende zu und der Krieg wird voraussichtlich in den nächsten 12 bis 24 Monaten zu Ende gehen. Mit einem Waffenstillstand werden nicht nur grosse Teile der Armeen aus dem Dienst entlassen und nach Hause geschickt, sondern auch eine unüberschaubare Zahl von Sturmgewehren, Maschinengewehren, panzerbrechende Lenkwaffen oder Explosivkörper freigespielt. Die Ukraine und ihre Einwohner und Einwohnerinnen respektiv deren Soldaten und Soldatinnen, werden stark verarmt in diese neue Situation entlassen. Teile davon werden versuchen, sich mit dem Verkauf dieser Waffen und auch deren Handhabungsexpertise ein Einkommen zu sichern.

Der primäre Markt werden neben anderen Krisenherden – zum Beispiel in Nahost oder Afrika – auch die Innenstädte in Europa sein. Oder anders gesagt: Es droht, dass Verbrecherbanden und die organisierte Kriminalität in Europa mit diesen automatischen Waffen und deren Bedienungspersonal überschwemmt werden, einschneidende Waffengesetze hin oder her. Die Polizeidienste und Sicherheitskräfte könnten dann ganz neuen Bedrohungen ausgesetzt sein.

Die Regierung wird höflichst gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Kann sich der Kanton vorstellen, dass die oben geäusserten Bedenken eintreten können?

1.1. Falls ja:

1.1.1. Welche Massnahmen ergreift der Kanton Solothurn, um die dannzumal drohende Aufrüstung der kriminellen Szene zu verhindern?

1.1.2. Wie will der Kanton Solothurn seine Sicherheitskräfte und die Bevölkerung schützen, wenn er die Aufrüstung der kriminellen Szene nicht verhindern kann?

1.1.3. Welche Massnahmen müssten aus Sicht des Kantons auf übergeordneter Ebene ergriffen werden, um diese Entwicklung zu verhindern?

1.1. Falls nein, wird die Regierung höflich gebeten, ihre Sicht der Dinge darzulegen.

2. Ist bereits jetzt eine vermehrte Verwendung von Waffen aus dem Kriegsgebiet bei Straftaten in der Schweiz oder in Westeuropa feststellbar?

2. Begründung

Im Vorstosstext enthalten.

3. **Stellungnahme des Regierungsrates**

3.1 Vorbemerkung

Die Anfrage fusst grossmehrheitlich auf Mutmassungen. Wir massen uns nicht an, heute Vorausagen über den weiteren Kriegsverlauf, den Zeitpunkt und die Art der Weiterführung oder Beendigung des Krieges machen zu können. Die Unwägbarkeiten sind derart gross, dass sich die Fragen zum heutigen Zeitpunkt nicht verbindlich beantworten lassen, zumal sie hypothetischer Natur sind.

Der Erstunterzeichner darf davon ausgehen, dass die mit dem Krieg befassten Bundesbehörden die Situation permanent beobachten, beurteilen und für die verschiedenen denkbaren Szenarien Pläne ausarbeiten. Zeichnen sich Änderungen mit potenziellen Auswirkungen auf die innere Sicherheit der Schweiz ab, wird der Bund die Kantone rechtzeitig und auf den dafür vorgesehenen Kanälen informieren. Der Bund und die Kantone werden gemeinsam diejenigen Vorkehrungen treffen und Massnahmen anordnen, die sie in der konkreten Situation als nötig und geeignet erachten. Sinnvoll und angebracht sind weder die Vorwegnahme bestimmter Massnahmen noch Alleingänge eines Kantons.

3.2 Zur Frage 1:

Kann sich der Kanton vorstellen, dass die oben geäusserten Bedenken eintreten können?

Aktuell ist jedes Szenario vorstellbar. Auch die theoretisch geäusserten Befürchtungen könnten eintreten. Dabei handelt es sich im Übrigen nicht um eine Besonderheit dieses Kriegs. Vielmehr besteht nach jeder Beendigung eines Kriegs beziehungsweise Bürgerkriegs (bspw. ehemaliges Jugoslawien) die Notwendigkeit, Waffen möglichst aus dem Umlauf zu nehmen. In grossem Umfang bestand dasselbe Problem nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Um zu verhindern, dass die nicht mehr benötigten Waffen in andere Staaten gelangen, sind beharrliche Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft erforderlich. Anstrengungen eines Staates alleine genügen nicht.

3.3 Zur Frage 1.1:

Falls ja:

1.1.1: Welche Massnahmen ergreift der Kanton Solothurn, um die dannzumal drohende Aufrüstung der kriminellen Szene zu verhindern?

Es wäre eine illusorische Selbstüberschätzung zu meinen, ein Kanton alleine könnte durch das Ergreifen bestimmter Massnahmen den Verkauf nicht mehr verwendeter Kriegswaffen an kriminelle Personen in anderen Staaten wirksam verhindern.

Zweckdienlich sind vielmehr politische Bemühungen auf internationaler und nationaler Ebene zur Überführung der Waffen in den Besitz regulärer Streitkräfte und allenfalls ziviler Sicherheitsbehörden sowie die enge nachrichtendienstliche und polizeiliche Zusammenarbeit, um den Weiterverkauf zu kriminellen Zwecken wirksam zu unterbinden. Liegt ein Verdacht vor, dass es trotz aller Bemühungen zu illegalem Waffenhandel gekommen ist, bedarf es einer engen internationalen und nationalen Kooperation der Strafbehörden.

1.1.2: Wie will der Kanton Solothurn seine Sicherheitskräfte und die Bevölkerung schützen, wenn er die Aufrüstung der kriminellen Szene nicht verhindern kann?

Die Polizei Kanton Solothurn verfügt über die nötigen Strukturen und Fähigkeiten, um in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Polizeibehörden tätig zu werden. Zur Abwehr konkreter Gefahren ergreift sie die nötigen sicherheitspolizeilichen Massnahmen und bei begangenen Straftaten ist sie wie gewohnt kriminalpolizeilich tätig.

1.1.3: Welche Massnahmen müssten aus Sicht des Kantons auf übergeordneter Ebene ergriffen werden, um diese Entwicklung zu verhindern?

Nötig sind das Problembewusstsein und der gemeinsame Wille der Staatengemeinschaft. Ausserdem zeigen die obigen Ausführungen die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit auf operativer Stufe.

3.4 Zur Frage 1.2:

Falls nein, wird die Regierung höflich gebeten, ihre Sicht der Dinge darzulegen.

Diesbezüglich verweisen wir auf die Antwort auf Frage 1.

3.5 Zur Frage 2:

Ist bereits jetzt eine vermehrte Verwendung von Waffen aus dem Kriegsgebiet bei Straftaten in der Schweiz oder in Westeuropa feststellbar?

Nein.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Departement des Innern
Polizei Kanton Solothurn
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat